

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/010/2025

der 10. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land – **öffentlicher Teil** - am Mittwoch, dem 26.11.2025, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Melzer, Uwe

AfD-Kreistagsfraktion

Beer, Tommy

Göring-Kube, Antje

Hoffmann, Thomas

Kühne, Sven

Oehler, Bernd

Schmidt, Jens

Scholze, Andreas

Senftleben, Thomas

Spöhr, Mirko

Tänzler, Manuela

Weber, Ronny

CDU/FDP-Fraktion

Backmann-Eichhorn, Kathrin

Dathe, Ronny

anwesend bis 19:35 Uhr (nach TOP 8)

Greunke, Marcel

Gumprecht, Christian

Hermann, Rolf

Neumann, André

anwesend bis 19:35 Uhr (nach TOP 8)

Nündel, Thomas

Pradel, Henrik, Dr.

Reinboth, Gerd

Tanzmann, Frank

Vohs, André

anwesend bis 19:00 Uhr (während TOP 8)

Weiß, Torsten

Zetsche, Andreas

Zippel, Christoph

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Helbig, Carsten

Läbe, Hendrik

Paulicks, Alexander

Rath, Doreen

Schrade, Sven

Toll, René

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Plötner, Ralf

Seifert, Susann

anwesend bis 18:00 Uhr (bis TOP 3.5)

Sojka, Michael

anwesend bis 19:53 Uhr (Ende öffentl. Teil)

Tempel, Frank

Fraktion STARKE HEIMAT

Lahr, Thomas
Morgenstern, Thomas
Quellmalz, Lars
Schütze, Frank

anwesend bis 19:53 Uhr (Ende öffentl. Teil)

Fraktion DIE REGIONALEN

Gerth, Ralf
Helbig, Christine
Liefländer, Klaus-Peter

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Geschäftsführer

Gottschlich, Franziska
Werner, Gundula, Dr.

Fachbereichsleiter

Just, Frank
Thieme, Ronny

Fachdienstleiter

Apel, Michael
Heiner, Jens
Noll, Matthias
Wiechert, Silvia
Wolf, Thomas

Schriftführung

Albrecht, Angelika
Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Dietrich, Cornelius
Hahn, Janine
Körner, Florian
Roh, Sabrina
Seidel, Mathias

Gäste

Kreyßel, Jeannette
Otari, Akef

sowie weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

AfD-Kreistagsfraktion

Leibnitz, Carsten
Meewis, Holger
Philipp, Heiko

Fraktion DIE LINKE. Altenburger Land

Eißing, Mandy

Fachbereichsleiter

Wenzlau, Bernd

Vorsitz: Christian Gumprecht
Schriftführung: Angelika Albrecht, Kerstin Gabler
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:11 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 10. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung vom 3. September 2025 | |
| 3 | Informationen des Landrates | |
| 3.1 | Information zum Entwurf des HH-Planes für das HH-Jahr 2026 | |
| 3.2 | Beteiligungsbericht des Landkreises Altenburger Land für das Geschäftsjahr 2024 | IV/0014/2025 |
| 3.3 | Jährlicher Bericht des Beirates für Integrierte Sozialplanung | |
| 3.4 | Jährlicher Bericht des Beirates für Migration und Integration | |
| 3.5 | Jahresbericht des Tourismusverbandes Altenburger Land | |
| 4 | Verschiedenes | |
| 4.1 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4.2 | Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages - Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Die Haushaltssperre 2025 - ihre Auswirkungen für das laufende HH-Jahr und die daraus resultierenden Erkenntnisse für den Haushalt 2026" | |
| 5 | Abberufung der Geschäftsführerin der Medizinische Versorgungszentren Altenburger Land GmbH | KT-DS/0121/2025 |
| 6 | Bestellung einer Geschäftsführerin der Medizinische Versorgungszentren Altenburger Land GmbH | KT-DS/0122/2025 |
| 7 | 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2025 | KT-DS/0124/2025 |
| 8 | Sozialstrategie für den Landkreis Altenburger Land | KT-DS/0120/2025 |
| 9 | Verbesserung der Mobilitätsgerechtigkeit im Altenburger Land - Antrag der Fraktion DIE LINKE | KT-DS/0126/2025 |

Von 19:59 bis 20:10 Uhr erfolgt eine Unterbrechung der Sitzung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils.

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 10 | Beschluss zur Vergabe von Straßenbauleistungen >500.000,00 Euro, SB-B 045-2025 Erneuerung der K 504 in Thonhausen, OT Wettelswalde, ab OE aus Richtung Vollmershain bis Knoten OM mit Regenwasserkanal, Straßenbauarbeiten | KT-DS/0123/2025
nö |
| 11 | Beschluss zur Vergabe von Lieferleistungen >250.000,00 Euro, BKS-L 069-2025 Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Beschaffung für Brand- und Katastrophenschutz, Abrollbehälter Atemschutz/Strahlenschutz | KT-DS/0125/2025
nö |

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet die Einwohnerfragestunde und weist anwesende Einwohner und Bürger auf die Möglichkeit hin, sich mit Anfragen an den Landrat zu wenden.

Frau Bärbel Heiland aus Dobra ergreift das Wort. Sie möchte nochmals nachfragen betreffs der Instandsetzung der Verbindungsstraße zwischen Wildenbörten und Dobra; Schriftwechsel dazu habe bereits stattgefunden. Sie fragt, ob eine Lösung gefunden werden konnte, die Instandsetzung der Verbindungsstraße durchzuführen? Konnte diese Baumaßnahme in den Ausbauplan oder in den Haushalt eingeordnet werden?

Herr Melzer erinnert sich, dass das Thema bereits in den vorherigen Kreistagen dargestellt worden ist. Die heutige Anfrage müsse schriftlich beantwortet werden, da aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle weder der zuständige Fachdienstleiter noch der zuständige Fachbereichsleiter anwesend sind und eine mündliche Beantwortung nicht erfolgen kann.

Als nächstes meldet sich **Herr Klaus Bredow aus Zürchau**, Gemeinde Nobitz, zu Wort. Er führt aus, dass der Dorf- und Verschönerungsverein am 7. November 2024 einen Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung der K 515 im Ortsgebiet Zürchau auf 30 km/h an Herrn Melzer gerichtet habe. Als Begründung sei u. a. aufgeführt gewesen, dass auf der K 515 im Gebiet Zürchau von der Pleißebrücke bis zum Ortsausgang nach Maltis grundsätzlich keine zwei Fahrstreifen im Dorf zur Verfügung stehen. Die Fahrbreite variere zwischen 3,80 m und 4,30 m. Engstellen befinden sich insbesondere vor dem Anschluss der Gemeindestraße aus Saara in der Ortsmitte Richtung Zehma. Lediglich unter der Brücke sei zwischen den Mauerpfeilern eine Breite von 5 m gegeben.

Herr Bredow schildert die Verkehrssituation und hebt die Gefahren durch Lkw's und Landwirtschaftsfahrzeugen hervor, da der Gegenverkehr nicht aneinander vorbeikomme. Die Zustände stellen eine gefährliche Situation vor allem für Kinder und Fußgänger dar.

Er kritisiert, dass bis heute keine Antwort von ihm bzw. von der Behörde auf das Schreiben vom 07.11.2024 erfolgt ist und erinnert an ein Telefonat sowie auch E-Mail-Verkehr mit Herrn Melzer im Oktober dieses Jahres. In der Zeit, als die B 93 gesperrt war, sei in Zürchau Chaos gewesen. Das kann und sollte so nicht weitergehen. Er bittet, dass zeitnah eine Antwort erfolgt bzw. dass eine Vor-Ort-Begehung vorgenommen wird und kündigt andernfalls die Nutzung öffentlicher und medialer Mittel an.

Herr Melzer äußert Bedauern; ihm sei das Schreiben nicht bekannt. Ihm tue auch leid, dass bei der Straßenbaumaßnahme der B 93 viele Menschen aufgrund der Navigations-Apps durch die kleinen Ortslagen gefahren sind, weil diese als öffentliche Straßen ausgewiesen sind. Die sei bei vielen Straßenbaumaßnahmen der Fall. Nach dem Telefonat mit Herrn Bredow und dem Schriftverkehr betreffs der Situation in Zürchau habe die Behörde reagiert. Die Straßenaufsicht sei vor Ort gewesen und auch mit der Polizei habe er gesprochen.

Was der Antrag auf 30 km/h in der Ortslage Zürchau betrifft, werde er mit der Verkehrsbehörde Rücksprache halten und prüfen, was möglich ist.

Weitere anwesende Einwohnerinnen oder Einwohner melden sich nicht zu Wort.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung vom 3. September 2025**Abstimmungsergebnis:**

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 44 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde einstimmig mit 40 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt. Zwei Kreistagsmitglieder haben nicht mit abgestimmt.

TOP 3 Informationen des Landrates

Herr Melzer führt zu nachfolgenden allgemeinen Informationen aus:

- Beschlussvollzug für die Monate September bis November ist im Kreistagsinformationssystem eingestellt (gem. § 101 Abs. 3 ThürKO)
- erster Vogelgrippefall an den Haselbacher Teichen
- Fördermittelbescheid zum Lindenau-Museum wurde überreicht;
- Ausstellung im Lichthof im Dezember zum Thema „80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus in Europa“

TOP 3.1 Information zum Entwurf des HH-Planes für das HH-Jahr 2026

Herr Melzer informiert, dass seitens des Landes Thüringen eine Nachjustierung im Zusammenhang mit den Sozialleistungen erfolgt sei, was sich natürlich auf die Kreisumlage auswirke.

Er erinnert daran, dass der Kreisausschuss eine haushaltswirtschaftliche Sperre beschlossen habe; ferner schlage die Verwaltung mit Blick auf die Liquiditätssicherung vor, einen Nachtragshaushalt zu beschließen, welcher die Erweiterung des Kassenkreditvolumens auf 20 Millionen Euro beinhalte.

Herr Heiner wird um weitere Erläuterungen zum HH-Planentwurf gebeten.

→ Eine **Power-Point-Präsentation** wird gezeigt, die ebenfalls im Kreistagsinformationssystem öffentlich unter dem TOP eingestellt ist.

Herr Heiner informiert über den Arbeitsstand der HH-Planung für das Jahr 2026. Er schickt voraus, dass sich in Bezug auf die Senkung der Kreisumlage etwas getan habe. Neben dem 1. Nachbesserungspaket des Freistaates Thüringen sei jetzt ein 2. Nachbesserungspaket in Höhe von 61 Millionen Euro aufgelegt worden, was sich natürlich auf die Kreisumlage auswirke. Für den Landkreis bedeute dies, dass 2.175.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommen ca. weitere 5,1 Millionen für das Jahr 2026 (siehe Folien Nr. 7 und Nr. 8). Mit diesen Geldern reduziere sich die Kreisumlage auf aktuell 46,138 Prozent.

Herr Melzer ergänzt, dass abgesprochen worden sei, dass man sich nach Beschlussfassung des Landes-HH zusammensetzen werde, um einen beschluss- und mehrheitsfähigen HH vorlegen zu können.

Herr Lahr möchte konkret wissen, was Herr Melzer mit der Aussage gemeint hat „wir setzen uns zusammen“.

Der Kreistag sei gemeint, bestätigen Herr Gumprecht sowie Herr Melzer. Man werde natürlich über die Ausschüsse arbeiten. Am 12. Januar tage der Kreisausschuss in Vorbereitung der Kreistagssitzung am 4. Februar. Dann sei noch ein Monat Zeit, bis Anfang Februar eine Lösung vorgelegt werden könne.

Herr Lahr möchte wissen, was „eine Lösung vorlegen“ bedeutet – dass der Entwurf für den HH 2026 vorgelegt wird?

Wenn sich abzeichnet, dass der HH mehrheitsfähig ist, werde er vorgelegt, so Herr Melzer, um die haushaltslose Zeit so gering wie möglich zu halten.

IV/0014/2025

TOP 3.2 Beteiligungsbericht des Landkreises Altenburger Land für das Geschäftsjahr 2024

Der Vorsitzende Herr Gumprecht weist darauf hin, dass der Beteiligungsbericht wie in jedem Jahr neu erstellt wurde und im Kreistagsinformationssystem zur Ansicht zur Verfügung steht.

TOP 3.3 Jährlicher Bericht des Beirates für Integrierte Sozialplanung

Herr Dietrich, Stabsstelle Strategische Sozialplanung, erhält das Wort.

Er verweist auf die Regelungen in der Satzung des Fachbeirates für Integrierte Sozialplanung und berichtet über die Beiratsarbeit im laufenden Jahr.

→ Eine **Power-Point-Präsentation** ist im Kreistagsinformationssystem unter dem TOP öffentlich eingestellt.

Herr Dietrich berichtet über die zentralen Themen, die im Fachbeirat besprochen worden sind, das seien im Wesentlichen die regionale Familienförderung gewesen, die durch das Landesprogramm LSZ finanziert wird, sowie die Sozialstrategierichtlinie.

Weitere Themen seien die Änderungen in der Satzung gewesen, der Austausch zu aktuellen Sozialdaten, die Weitergabe der LSZ-Mittel für die Familienförderung, Berichte aus einzelnen LSZ-Projekten sowie die Fortschreibung der Sozialstrategie.

Nachfragen werden keine gestellt.

TOP 3.4 Jährlicher Bericht des Beirates für Migration und Integration

Der Vorsitzende Herr Gumprecht bittet um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Otari, Mitglied im Beirat für Migration und Integration. Das Rederecht wird einstimmig erteilt.

→ Eine **Power-Point-Präsentation** ist im Kreistagsinformationssystem unter dem TOP eingestellt.

Herr Otari gibt einen Überblick zu den Themen, die im Migrationsbeirat im Jahr 2025 besprochen worden sind. Es sei ein Jahr voller Herausforderungen gewesen, gleichzeitig habe sich aber auch gezeigt, wie viel bewegt werden kann, wenn die richtigen Menschen an einem Tisch sitzen.

Im Rahmen seines Vortrages informiert Herr Otari über die Zusammensetzung des Beirates und benennt die Aufgaben und Problemschwerpunkte, über die im Beirat beraten wurde und berichtet über persönliche Erfahrungen.

Migration gelinge dort, wo Menschen miteinander reden und Unterstützung bekommen und ihre Lebenswirklichkeit ernst genommen wird. Vereine und Beratungsstellen leisten eine großartige Arbeit, so Herr Otari abschließend.

Nachfragen zum Bericht werden keine gestellt.

TOP 3.5 Jahresbericht des Tourismusverbandes Altenburger Land

Frau Kreyßel, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Altenburger Land, erhält einstimmig das Rederecht.

→ **Eine Power-Point-Präsentation** ist im Kreistagsinformationssystem unter dem Tagesordnungspunkt eingestellt.

Frau Kreyßel berichtet zu folgenden Schwerpunktthemen:

- Gästezahlen/erzielte Wertschöpfung/Profiteure des Tourismus
- Gästezufriedenheit
- Erhöhung der Sichtbarkeit des Altenburger Landes
- Wegemanagement
- Digitalisierung
- Außenkommunikation/Werbekampagnen/Marken- und Imagearbeit
- Ausblick auf Ziele und Vorhaben

Abschließend bedankt sich Frau Kreyßel sehr herzlich für die entgegengebrachte Unterstützung und das Vertrauen in sie und in das gesamte Team.

Herr Plötner bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Er bezieht sich auf die Aussagen zur Familien-App als Mittel für die Reichweiten-Steigerung. Er fragt, ob es diesbezüglich Bestrebungen gibt, präserter zu sein.

Des Weiteren finde bekanntermaßen im Jahr 2027 die Weltmeisterschaft im Kegeln statt. Er fragt, wie das bereits jetzt vorgeplant wird, um touristisches Potenzial zu erschließen.

Betreffs der Kegel-WM sei man bereits im Gespräch, gerade was die Beherbergung angeht, so Frau Kreyßel. Das Thema werde gemeinsam angegangen und niemand werde „im Regen stehengelassen“. Die Beherbergungsadressen seien bereits weitergegeben worden. Jede Mannschaft werde die Unterkunft separat buchen.

Es werde stets die komplette Palette beworben, z. B. Josephinum, Lindenau-Museum, Landesgartenschau – alle touristischen Schlüsselprojekte.

In Hinblick auf die Familien-App werde mit der ThüCAT zusammengearbeitet, d. h. die Angebote, die in die ThüCat mit eingegeben worden sind und die diese Schnittstelle zum Thema Familie haben, werden dann über die Familien-App mit ausgespielt. Diese Schnittstelle werde es dann geben, so Frau Kreyßel abschließend.

Weitere Nachfragen werden nicht gestellt.

TOP 4 Verschiedenes

TOP 4.1 Anfragen aus dem Kreistag

Herr Gumprecht eröffnet die Möglichkeit, Anfragen an Herrn Melzer bzw. die Verwaltung zu richten.

Wortmeldungen gibt es keine.

TOP 4.2 Allgemeine Aussprache gem. § 11 a Geschäftsordnung des Kreistages - Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Die Haushaltssperre 2025 - ihre Auswirkungen für das laufende HH-Jahr und die daraus resultierenden Erkenntnisse für den Haushalt 2026"

Der Vorsitzende Herr Gumprecht eröffnet den TOP "Allgemeine Aussprache" und teilt mit, dass der Antrag fristgerecht von der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Haushaltssperre 2025" eingereicht wurde.

Er stellt den Ablauf der Aussprache gemäß Geschäftsordnung vor und erteilt das Wort der einreichenden Fraktion.

Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, betont, dass der TOP nicht als Plattform für Schuldzuweisungen genutzt werden solle. Er spricht an, dass die Kommunikation und Transparenz verbessert werden müssten. Im Kreistag seien viele Jahrzehnte Kommunalpolitik vertreten, die Mehrheit der Bürger befasse sich aber nicht mit Kommunalpolitik. Die Schlagzeile „Haushaltssperre für LK Altenburger Land“ habe durchaus für Wirbel gesorgt. Er sehe, dass enorm viel Unwissenheit zu den kommunalen Haushalten in der Bevölkerung vorhanden ist. Daher sei wichtig, dass der Bürger besser einbezogen wird, wenn es um die kommunalen Haushalte geht.

Ebenso müsse die eigene HH-Ehrlichkeit irgendwann einmal auf die Tagesordnung. Die Situation betreffe die Kommunalfinanzen insgesamt. Er legt dar, dass die finanzielle Situation des Landkreises durch die einkommensschwache Bevölkerung und die damit verbundenen hohen Sozialausgaben verbunden sei. Die Armutsrisiken seien hoch, weil das Einkommen gering ist. Diese hohen Sozialausgaben wirken sich im Altenburger Land mehr aus als in anderen Regionen.

Er verstehe jeden Bürgermeister, wenn über die Kreisumlage diskutiert wird. Niemand könne damit zufrieden sein, dass das Altenburger Land zu den einkommensschwächsten Landkreisen gehört. Tatsächlich sei es aber so, dass überall dort, wo an der Einnahmesituation etwas getan werden soll, sofort Gegenwehr vorhanden ist. In der Regel seien das die gleichen Beschwerdeführer, die sich bei kaputten Straßen, Wegen und Plätzen beschwerten.

Das andere sei die Aussage, dass die Sozialausgaben zu hoch seien. Er hinterfragt, was dabei die kommunalpolitischen Stellschrauben sind – das seien Beratung und Prävention. Wenn nicht gewollt ist, dass der Sozialausgabenbereich ausufert, dann gebe es als einziges Mittel nur Prävention und Beratung, damit diese Pflichtausgaben nicht weiter steigen. Wenn er aber die Tendenz sehe, dass im Kreistag immer mehr über die Streichung von durchgereichten Geldern diskutiert wird, z. B. im Kinder- und Migrationsbereich, dann werden schwere „Hypothesen“ für die HH-Beratungen der kommenden Jahre aufgenommen. Dann müsse darüber gesprochen werden, dass die Sozialausgaben so sehr gestiegen sind und damit kaum Luft für den kommunalen Handlungsspielraum bleibt.

Herr Hoffmann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erhält das Wort. Tatsache sei, dass es noch keinen beschlossenen Landes-HH gibt, keinen vorliegenden HH-Entwurf für den Kreistag und noch nicht einmal der Nachtrags-HH beschlossen wurde. Demnach stehen zu viele Fragezeichen im Raum stehen, um irgendwelche Erkenntnisse für den Haushalt 2026 gewinnen zu können.

Er möchte zunächst hören, was die anderen Fraktionen dazu zu sagen haben, aber er erwarte aus der heutigen Diskussion keinen großen Kenntniserfolg. Er hoffe, dass im Januar und Februar im Kreistag intensiv diskutiert wird, wenn das soeben Genannte – Landes-HH, HH-Entwurf LK und Nachtrags-HH – alles vorliegt und Fakten bekannt sind.

Herr Melzer geht auf die Äußerung von Herrn Hoffmann ein. Er bestätigt, dass das Land keinen Haushalt habe, aber der Landkreis habe einen HH-Entwurf, über den seit September geredet werde. Es gebe Kostensteigerungen in drei Bereichen: Sozialleistungen, Personal, ÖPNV.

Er stimme zu, dass sehr viel über die Kreisumlage geredet werde und nicht über die Aufgaben, die zu erfüllen sind. Trotzdem müsse die Lebensfähigkeit der Gemeinden erhalten werden; deshalb werde eine Anhörung durchgeführt. Für ihn sei die Frage wichtig, wie der Landkreis weiterentwickelt werden kann, damit sich auch die Gemeinden weiterentwickeln. Er hebt hervor, dass die strategische Regionalentwicklung und die Nutzung von Fördermitteln, wie den Kohlemillionen, entscheidend für die Weiterentwicklung des Landkreises seien.

Der Kreisausschuss habe eine HH-Sperre beschlossen und das wurde auch kommuniziert. Das sei ein legitimes Mittel der Verwaltung, um die Liquidität zu verbessern. Es müssen Pflichtleistungen erfüllt werden.

Was darüber hinaus weiter gestaltet werden kann, liege am Kreistag selbst und dafür sei es notwendig, Prioritäten zu setzen. Das fehle ihm manchmal in der Diskussion. Das liege aber an allen und nicht nur an der Verwaltung.

Herr Zippel, Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion, merkt an, dass die Diskussion über den Haushalt 2026 möglicherweise verfrüht sei bzw. betreffen einige Punkte die Diskussion zum TOP „Nachtrags-HH 2025“.

Nichtdestotrotz seien die Nachfragen durchaus berechtigt. Zu kurz sei ihm gekommen, welche Konsequenzen sich aus der HH-Sperre für den HH 2025 ergeben haben. Es wäre interessant, welche unmittelbaren Einspareffekte daraus entstanden sind.

Der entscheidende Punkt sei, dass die Verwaltung seiner Pflicht nachgekommen ist, die Liquidität des Landkreises zu sichern. Gemeinschaftlich müsse geschaut werden, wie die steigenden Ausgaben eingedämmt werden können und welche „Hausaufgaben“ noch erledigt werden müssen. Er lobt die Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität und fordert, die Personalkostenreduzierung um 5 Prozent konsequent umzusetzen. Er zeigt sich jedoch skeptisch, ob Präventionsmaßnahmen die Sozialausgaben signifikant senken könnten.

Herr Paulicks, Vorsitzender der SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion, hebt hervor, dass die HH-Sperre die strukturellen Probleme des Haushaltes verdeutliche, insbesondere im Bereich der Sozialausgaben. Er erinnert daran, dass 2025 die HH-Ansätze im Sozialbereich niedrig gehalten wurden, was sicherlich mit der Kreisumlage zusammenhing. Jetzt zeige sich, dass ein Großteil der zu erwarteten Mehrausgaben aus der Erhöhung der Pflegeleistungen resultiere. Das zeige die strukturellen Probleme auf und es könne hier vor Ort nur eins getan werden, nämlich den Abgeordneten vom Bundestag „auf die Füße treten“.

In dieser Situation sehe der Entwurf für den HH-Plan 2026 einen Anstieg des Stellenplanes vor. Dies sei weder finanzier- noch vermittelbar. Selbst der Thüringer Gemeinde- und Städtebund mahne eindringlich, dass Kommunen angesichts der HH-Lage auf Stellenaufwüchse verzichten müssen. Wenn das Ziel – Stellenreduzierung um 5 Prozent – ernst genommen wird, müsse 2026 mit der Umsetzung damit begonnen werden. Ein Stellenaufbau widerspreche nicht nur der HH-Lage, sondern auch dem eigenen KT-Beschluss; und eine Stellenverschiebung in einen Zweckverband sei kein Stellenabbau.

Er bedauert, dass eine externe Stellenanalyse abgelehnt wurde, da diese eine objektive Grundlage für die Personalplanung hätte liefern können. Der Landrat könnte und sollte in seinem Kompetenzrahmen externe Firmen zu Teilanalysen beauftragen, um den Beschluss zum Stellenabbau umsetzen zu können.

Die HH-Sperre zeige die eklatanten strukturellen Probleme in den sozialen Systemen, die die Landkreise als Pflichtaufgaben bearbeiten müssen.

Der Stellenaufwuchs stehe im Widerspruch zur Realität.

Wenn der Kreistag einen verantwortungsvollen Haushalt aufstellen will, dann müssen klare Entscheidungen getroffen werden. Nur so bleibe der Landkreis handlungsfähig und der Haushalt werde glaubwürdig, tragfähig und auch zustimmungsfähig.

Herr Lahr, Vorsitzender der Fraktion STARKE HEIMAT, erklärt, dass er sich nicht an der Debatte über den Haushalt 2026 beteiligen werde, da dieses Thema in den Ausschüssen ausführlich behandelt werden soll.

Das Ergebnis des Haushaltes für 2025 haben wir in der HH-Sperre gesehen; mit allen Konsequenzen und den dramatischen Auswirkungen bis dahin, dass es immer noch ungewiss ist, ob ein Kassenkredit in Anspruch genommen werden muss.

Er habe auch im Ausschuss bereits kundgetan, dass dieses heutige Thema kein geeignetes Thema für eine Aussprache ist, sondern eine wichtige Information, welche Auswirkungen die HH-Sperre hat und wie diese sich auswirkt, aber kein Grund, um über mögliche Überlegungen für den HH 2026 vorzupreschen, denn damit werde dieses Thema viel zu sehr verengt und könne nicht die Aufgabe erfüllen, die es hat. Deshalb werde er auch nicht auf die HH-Debatte eingehen.

Herr Liefländer, Vorsitzender der Fraktion DIE REGIONALEN, bemerkt, dass es darum geht, welche Lehren aus der HH-Sperre für das HH-Jahr 2026 gezogen werden und welche Auswirkungen die HH-Sperre für dieses Jahr hat. Er relativiert die Bedeutung der HH-Sperre und bezeichnet sie als Steuerungsinstrument der Verwaltung, das die Investitionen nicht beeinträchtigt.

Er weist darauf hin, dass die Kalkulation des Haushalts 2025 bewusst erfolgt sei, um die Belastung der Kommunen durch die Kreisumlage zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund sei ganz bewusst in Kauf genommen worden, dass bestimmte Positionen knapp kalkuliert worden sind. Das sei in diesem Jahr der Fall gewesen.

Zum Nachtrags-HH müsse erwähnt werden, dass viele Kommunen in ganz Deutschland seit Jahren mit Kassenkrediten arbeiten, anders als der Landkreis Altenburger Land. Jetzt gebe es die Möglichkeit, einen in Anspruch zu nehmen.

Das Problem sei, wie mit der Lücke umgegangen wird, die in den kommenden Jahren auf den Landkreis zukommt. Die zusätzlichen Mittel vom Land sorgen dafür, dass ein Teil der ursprünglichen Deckungslücke ausgeglichen werden kann, aber längst nicht genug, um den Kommunen „Luft zum Atmen“ zu schaffen.

Die Fraktion DIE REGIONALEN hatte sich bereits im Oktober dazu geäußert, dass am Personalkostenaufwuchs im Kreis gearbeitet werden müsse. Er denke auch, dass die 5 Prozent nicht ausreichend sind. Es gehe einfach nicht, dass der Landkreis eine ordentliche Personaldecke vorhält und die Kommunen können das nicht mehr leisten. Demnach sei das einer der Schlüssel, an denen gearbeitet werden muss. Der Landkreis müsse Personalkosten abbauen. Das sei eine der Lehren, die aus der HH-Sperre für den Haushalt 2026 gezogen werden sollten.

Herr Melzer geht auf die Wortmeldung von Herrn Liefländer ein.

Die Haushalte werden immer umfangreicher, auch in den Kommunen. Es müsse ehrlich miteinander umgegangen werden. Jede Kommune, einschließlich der Landkreis, habe für das Jahr 2025 einen beschlossenen Haushalt. Er werde die Situation insgesamt darstellen, was Verschuldung und Rücklagen betrifft. Es solle keine gegenseitigen Schuldzuweisungen geben, jeder habe seine Aufgaben zu erfüllen.

Die Haushalte werden größer. Er verweist auf 125 Millionen für Sozialleistungen. Das wertvollste, was es in der Verwaltung gibt, seien die Menschen, die hier arbeiten und diese Aufgaben erfüllen. 10 Prozent Personaleinsparungen bedeuten 70 Mitarbeiter weniger. Für die Erfüllung der Aufgaben stehe ihm als Landrat eine angemessene Personalausstattung zu. Das sei die Arbeit, die die Verwaltung gegenwärtig erledigt – zu prüfen, ob der Personalschlüssel für die zu erfüllenden Aufgaben angemessen ist oder nicht. Er verweist auf die Konzeption vor 10 Jahren. Damals sei der Verwaltung eine angemessene Personalausstattung bescheinigt worden. Die Verwaltung arbeite daran, das sei seine Aufgabe. Den Haushalt nur auf das Personal abzustellen, finde er nicht in Ordnung.

Der Vorsitzende schließt die Allgemeine Aussprache.

Herr Melzer informiert, dass die Veränderung in der Führungsstruktur im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung des Klinikums besprochen wurde. Frau Dr. Werner soll als Geschäftsführerin der MVZ GmbH abberufen werden und Frau Gottschlich, kaufmännische Direktorin, soll als einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführerin der MVZ GmbH bestellt werden.

Dies sei bereits alles unter Gremienvorbehalt geschehen. Dem Kreistag obliege die abschließende Zustimmung.

Der Vorsitzende bittet um Erteilung des Rederechtes für Frau Dr. Werner. Das Rederecht wird ihr einstimmig erteilt.

Frau Dr. Werner erläutert, dass sie dem Aufsichtsrat diesen Wechsel vorgeschlagen habe. Frau Gottschlich könne bereits 20 Jahre Berufserfahrung, auch in anderen MVZ nachweisen. Sie sei sehr erfahren und könne der MVZ GmbH in Zeiten großer Veränderung viel Gutes bringen. Im gleichen Zuge erhalte Frau Gottschlich Prokura im Klinikum Altenburger Land. Dies sei sinnvoll und erforderlich, um die umsatzsteuerliche Organschaft innerhalb des Konzerns zu erhalten. Sie freue sich, die Verantwortung mit ihr teilen zu können.

Herr Dr. Pradel teilt mit, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit einstimmig der Beschlussfassung zugestimmt hat.

Der Kreisausschuss habe ebenfalls einstimmig zugestimmt, informiert Herr Melzer.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 114:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH am 30.09.2025 gefassten Beschluss zu und beschließt die Abberufung von Frau Dr. Gundula Werner als einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführerin der Medizinische Versorgungszentren Altenburger Land GmbH zum 01. Januar 2026. Die Geschäftsführung wird mit der Anmeldung der Abberufung zum Handelsregister beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0122/2025

**TOP 6 Bestellung einer Geschäftsführerin der Medizinische
Versorgungszentren Altenburger Land GmbH**

Nachfragen werden keine gestellt.

Herr Dr. Pradel sowie Herr Melzer teilen mit, dass sowohl der Ausschuss für Soziales und Gesundheit als auch der Kreisausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfehlen.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 115:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land stimmt dem unter Gremienvorbehalt in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Altenburger Land GmbH 30.09.2025

gefassten Beschluss zu und beschließt die Bestellung von Frau Franziska Gottschlich zur einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführerin der Medizinische Versorgungszentren Altenburger Land GmbH zum 01. Januar 2026. Frau Gottschlich soll Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden. Die Geschäftsführung wird mit der Anmeldung der Bestellung zum Handelsregister beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen gefasst.

Der Vorsitzende wünscht Frau Dr. Werner sowie Frau Gottschlich viel Erfolg.

Herr Melzer bedankt sich ebenfalls bei beiden Geschäftsführerinnen für die geleistete Arbeit. Er wünscht viel Erfolg und überreicht an Frau Dr. Werner sowie an Frau Gottschlich einen Blumenstrauß.

KT-DS/0124/2025**TOP 7 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2025**

Herr Melzer erklärt, dass die Nachtragshaushaltssatzung vor allem der Sicherung der Liquidität diene. Die einzige Änderung in der Satzung bestehe in der Erhöhung des Kassenkredites von 7,5 Millionen Euro auf 20 Millionen Euro.

Herr Heiner wird gebeten, die aktualisierten Zahlen vorzutragen.

Herr Heiner führt aus, dass es keine neuen Erkenntnisse gebe. Es werde davon ausgegangen, dass das Jahr 2025 voraussichtlich ohne Fehlbetrag abgeschlossen werden kann. Der Kassenkredit in Höhe von 7,5 Millionen Euro müsse nicht in Anspruch genommen werden. Die Nachtrags-HH-Satzung entfalte mehr Wirkung für das Jahr 2026, da in der haushaltslosen Zeit befürchtet wird, dass evtl. größere Ausgaben nicht mehr bedient werden können. Ähnlich sei die Situation auch in anderen Landkreisen.

Der Landkreis bemühe sich jedoch sparsam zu wirtschaften, um den Kassenkredit nicht in Anspruch nehmen zu müssen.

Nachfragen zu den Ausführungen werden keine gestellt.

Der Vorsitzende bittet um die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der vorberatenden Ausschüsse.

Herr Nündel teilt mit, dass der Finanzausschuss die KT-Drucksache einstimmig zur Annahme empfohlen hat.

Der Kreisausschuss hat mit 5 Ja-Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen die Annahme empfohlen, informiert Herr Melzer.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 116:

Der Kreistag beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Altenburger Land für das Haushaltsjahr 2025.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 42 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 42 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0120/2025

TOP 8 Sozialstrategie für den Landkreis Altenburger Land

Der Vorsitzende ruft o. g. KT-Drucksache auf und verweist sogleich auf den vorliegenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 25. November.

Er wird zunächst das Wort den Vertretern der Verwaltung erteilen und anschließend den Änderungsantrag zur Diskussion stellen.

Herr Strahlendorf, Migrationsmanager, erhält das Wort.

*Es liegt eine **Power-Point-Präsentation** vor, die im Kreistagsinformationssystem unter dem Tagesordnungspunkt eingestellt ist.*

Herr Strahlendorf bemüht eine Metapher, die sich durch seinen Vortrag zieht und beschreibt die Sozialstrategie als ein Buch, welches der Landkreis gemeinsam schreibt, Schritt für Schritt und Seite für Seite. Wie jedes gute Buch habe auch dieses Buch unterschiedliche Kapitel. Es lebe von unterschiedlichen Perspektiven und es habe einen „roten Faden“, der es zusammenhält. Zwei dieser Kapitel möchte er folgend mit dem Kreistag gemeinsam aufschlagen: die Armutsprävention mit dem Focus Kinderarmut und die Integration.

Im Verlauf seiner Ausführungen geht Herr Strahlendorf vor allem auf die Kinderarmut ein und die Frage der Benachteiligung, die sich daraus ergibt, sei es im Kita- oder Schulbereich, im Gesundheitsbereich oder auch im Übergang zum Arbeitsmarkt.

Bei der Integration gehe es um eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft. Beide Bereiche – Armut und Integration – seien bis 2022 fördertechnisch getrennte Kapitel gewesen (zwei Richtlinien, zwei Förderstrukturen, zwei Planungsprozesse). Seit dem Jahr 2023 werden die Landkreise verpflichtet, ein integriertes, fachvernetztes und beteiligungsorientiertes Konzept zu entwickeln und die beiden Planungsbereiche – Armut und Integration – zusammenzuführen. Mit der Zusammenlegung wurde vom Land vorgegeben, auch beide Bereiche zusammen zu planen. Die europäische Union und auch der Freistaat setzten damit ein politisches Signal – die Themen Armutsprävention und Integration sind fachlich zusammenzudenken.

Der Landkreis habe sich dieser Aufgabe gestellt und die Sozialstrategie anhand dieser neuen Richtlinie erarbeitet. Diese Sozialstrategie habe diese zwei Kapitel – Kinderarmut und Integration.

Herr Strahlendorf fasst abschließend nochmals ausführlich zusammen, warum diese beiden Kapitel inhaltlich zusammengehören.

Ziel sei es, strukturelle Barrieren abzubauen und eine einheitliche Handlungsstrategie zu schaffen, die alle Menschen im Landkreis einbeziehe. Er betont, dass Kinderarmut immer auch Familienarmut sei und dass Integration als Querschnittsaufgabe verstanden werde, die alle Lebensbereiche umfasse. Die Sozialstrategie solle stabile, zugängliche und leistungsfähige Regelstrukturen schaffen, die niemanden ausschließen.

Herr Just, Leiter des Fachbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit, ergänzt die Thematik mit konkreten Zahlen. Es gebe im Landkreis 3.451 anspruchsberechtigte Kinder auf BuT-Leistungen. Die Inanspruchnahme betrage ca. 65 Prozent, wobei dieser Prozentsatz in den letzten Jahren durch verschiedene Maßnahmen gesteigert werden konnte.

Wortmeldungen oder Nachfragen zu den Ausführungen von Herrn Strahlendorf und Herrn Just gibt es keine.

Der Vorsitzende ruft den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf und erteilt das Wort Herrn Spöhr.

Herr Spöhr frage sich, wie glaubwürdig über Sozialstrategie gesprochen werden könne, wenn gerade die eigenen Familien und die eigenen Kinder immer häufiger durchs Raster fallen. Bevor die Welt gerettet wird, müsse zuerst die Realität vor der eigenen Haustür gesehen werden.

Er begründet seinen Änderungsantrag, der die Trennung der Themen Kinderarmut und Integration fordert.

1. Dies seien für ihn zwei völlig unterschiedliche Politikfelder. Kinderarmut sei ein ernstes wachsendes Problem, das viele Familien im Landkreis betrifft und volle Aufmerksamkeit verdient. Beim Thema Kinderarmut gehe es in erster Linie darum, dass es zu wenig Geld für gesundes Essen gibt, zu wenig Geld für Bildung vorhanden ist sowie Hobbys, Sport, Urlaub und Kultur zu kurz kommen. Er spreche über „unsere“ Familien, die jeden Tag arbeiten, Steuern zahlen und dieses Land am Laufen halten und trotzdem kaum noch wissen, wie sie die Rechnung bezahlen sollen. Diese Familien haben Anspruch darauf, dass die Probleme nicht verwässert werden, indem man sie in ein völlig anderes Themenfeld – die Integration – hineinmischt. Integration habe einen eigenen rechtlichen Rahmen. Es existieren bereits unzählige Programme, Förderstellen und Strukturen. Eine weitere Strategie auf Kreisebene sei überflüssig.

2. Ferner müsse endlich ehrlich darüber gesprochen werden, warum Kinderarmut so stark zunimmt. Die Ursachen liegen auf Bundes- und Landesebene.

3. Die Integration von Migranten sei längst durch Bundesrecht geregelt. Kommunen haben wenig Spielraum. Trotzdem sollen zusätzliche Strategien beschlossen werden, die erneut Ressourcen binden und Doppelstrukturen schaffen. Das sei kein verantwortungsvoller Umgang mit den ohnehin begrenzten Mitteln.

Er fordert, dass die Priorität auf die Unterstützung einheimischer Familien gelegt wird, auf die Familien, die das Land tragen. Die erste Pflicht gelte den Kindern, die hier leben und unsere Zukunft sind. Kinderarmut werde nicht gelöst, indem diese mit Integrationspolitik vermischt wird.

Als Beispiel zur Kinderarmut in Altenburg führt er an, dass Kinder nach ihrem Training in der Turnhalle für das Duschen bezahlen müssen. Wenn über Kinderarmut gesprochen wird, müsse diese nicht noch verwaltet werden, so Herr Spöhr, sondern es müsse etwas dagegen getan werden. Vielleicht wäre es ein erster Schritt, wenn die Kinder nach dem Sportunterricht wieder kostenlos die Dusche benutzen könnten.

Herr Melzer stellt klar, dass der Landkreis beschlossen habe, dass Kinder die Turnhallen kostenlos nutzen können. Die Kommunen hätten aber eigene Hoheiten.

Herr Plötner verweist auf die Landesinitiative, dass Sportstättennutzung für Vereine und Kinder und Jugendliche kostenfrei ist. Wenn dies gerade nicht gelebte Praxis ist, sollte dem nachgegangen werden.

Zur Sozialstrategie äußert er, dass dies kein Buch sein sollte, was bei Seite gelegt und nicht mehr hervorgeholt wird, sondern es solle mehrere Neuauflagen geben.

Durchaus kritisch müsse er bemerken, dass noch „Luft nach oben“ ist, was konkrete Maßnahmen betrifft, wie der Armut begegnet und soziale Teilhabe ermöglicht werden kann. Seine Fraktion sei daran interessiert, konkrete Maßnahmen zu beschließen. Er verweist auf die Anträge der LINKE-Fraktion zur Bezuschussung des Schulessens und zur Schülerbeförderung bzw. zum kostenfreien Zugang für Museen. Dies sei ein konkretes Beispiel für soziale Teilhabe für Kinder und Jugendliche.

Er kritisiert generell die Haltung der AfD und hebt hervor, dass soziale Teilhabe allen Menschen unabhängig von Herkunft ermöglicht werden müsse. Es sei beschämend, dass

ein reiches Land wie Deutschland so wenig Teilhabe für alle Kinder und Jugendliche ermöglicht.

Er appelliert, den Landkreis Altenburger Land als Zuwanderungslandkreis zu verstehen. Es müsse das Ziel sein, allen Menschen eine gute Perspektive und eine gute Teilhabe zu ermöglichen, damit die Menschen bleiben und das Altenburger Land eine Zukunft hat.

Die Fraktion DIE LINKE spreche sich gegen den Änderungsantrag der AfD aus, der Integration vollkommen missversteh und unterstütze die Sozialstrategie in der vorliegenden Form.

Herr Schrade wirbt für die Vorlage in der bestehenden Form. Wie in den Wortmeldungen von Herrn Strahlendorf und Herrn Just dargestellt, sehe auch das Land Thüringen beide Bereiche – Armut und Integration – als zwei Seiten einer Medaille. Er bittet die AfD-Fraktion, ihren Standpunkt zu überdenken und verweist auf die demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen der Landkreis steht, wie Bevölkerungsrückgang und wachsende Vielfalt durch Migration; Potenziale werden durch junge Zuwanderung gesehen.

Integration passiere nicht von allein, sondern diese müsse organisiert werden, um die Chancen der Integration zu nutzen.

Er fragt Herrn Spöhr, was für ihn „Kinder des Landkreises“ sind und ob auch geflüchtete Kinder „Kinder des Landkreises“ sind. Er würde diese Frage mit Ja beantwortet – vielleicht sieht dies Herr Spöhr genauso und zieht den Änderungsantrag zurück.

Herr Zippel schließt sich der Argumentation der Verwaltung an, dass es sinnvoll ist, die Punkte zusammen abzustimmen und die Sozialstrategie als einheitliches Konzept zu betrachten. Er werbe für Vorlage in der vorliegenden Form und dafür, den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Liefländer wirft die Frage auf, was man von jemandem erwarten soll, für den die Spaltung der Gesellschaft programmatisch ist.

Herr Lahr kritisiert, dass die Diskussion über Armut ohne eine fundierte Analyse der zu Grunde liegenden Zahlen und Definitionen geführt werde. Das sei aber zwingend notwendig. Eine Armutsdiskussion zu führen, ohne eine einzige Zahl über Kinderarmut zu haben, sei schockierend. „Armutsgefährdet“ und „Armut“ selbst seien statistische Begriffe. Herr Lahr habe sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und erklärt wie „Armutsgrenze“ definiert wird.

Es sei unverantwortlich, wenn man über Strategien und Finanzierungen nachdenkt und überhaupt nicht ansatzweise weiß, ob das in irgendeiner Weise auf die Armut einen Einfluss hat. Die meistgenannten Vorschläge und Maßnahmen hätten keinen Einfluss auf die tatsächliche Armutsbekämpfung.

Es gebe zwei Möglichkeiten, das Einkommen zu verändern – indem die Einkommensseite betrachtet bzw. die Steuern- und Abgabenseite betrachtet wird. Wenn dies nicht getan wird, sei es unverantwortlich über eine Strategie zur Veränderung dieser Tatsache nachzudenken bzw. darüber abzustimmen.

Herr Melzer entgegnet, dass die relevanten Zahlen, Fakten und Definitionen in den zuständigen Ausschüssen und in der Arbeitsgruppe Kinderarmut ausführlich dargestellt und diskutiert worden sind.

Herr Tempel stimmt Herrn Lahr dahingehend zu, dass man sich in den kommunalen Gremien mehr mit dem Thema Armut beschäftigen müsse, betont jedoch, dass die Diskussion auf kommunalpolitische Maßnahmen beschränkt bleiben müsse. Er fordert

konkrete Vorschläge, die im Rahmen der kommunalen Verantwortung umgesetzt werden könnten.

Herr Neumann sei erschrocken über die Aussagen seiner Vorredner, wenn zum einen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut gesucht werden und diese nicht in der Tätigkeit des Landkreises angenommen werden, wenn die Äußerung gemacht wird, dass Reallöhne nicht beeinflusst werden können. „Wo sind wir denn angekommen“, fragt Herr Neumann und hebt hervor, warum es so wichtig ist, die Kommunen zu entlasten. Beim Zukunftsatlas belege das Altenburger Land Platz 399 von 400; die Reallöhne fast an letzter Stelle, dadurch entstehe der große Soziallastenaufwuchs, der wiederum die Kommunen durch die Kreisumlage handlungsunfähig macht. Weitere Angaben: die Kaufkraft sei fast an letzter Stelle und beim Altersdurchschnitt stehe das Altenburger Land an drittletzter Stelle, hohe Jugendfluktuation und damit einhergehend die Abwanderung der älteren Generation; hohe Auspendlerzahlen, niedrige Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen. Ein Teil der KT-Mitglieder rufe zur Bekämpfung der Armut auf, sei aber gegen geplante Großprojekte, wie den geplanten Industriepark. Die einzigen Größen, die die Kommune beeinflussen kann, wenn diese dazu kräftemäßig in der Lage ist – Stichwort geringstmögliche Kreisumlage – seien Wirtschaft und Tourismus.

Er betont die Bedeutung von gut bezahlten Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Entwicklung zur Bekämpfung von Armut. Er kritisiert die Haltung der AfD und auch anderer Fraktionen, die sich gegen wirtschaftliche Großprojekte im Landkreis aussprechen. Er appelliert nochmals, um eine möglichst niedrige Kreisumlageerhöhung zu kämpfen.

Abschließend spricht er sich gegen den Änderungsantrag der AfD-Fraktion aus und für die vorgelegte Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Lahr zitiert aus einem Interview des sächsischen Ministerpräsidenten. „*Wir erleben eine schleichende Deindustrialisierung und eine langfristige Abwanderung von Unternehmen. Wir verlieren immer weiter an Boden.*“ Dies sei die Realität. Die Partei von Herrn Neumann habe eine verheerende Wirtschaftspolitik betrieben und den Standort Deutschland ruiniert, indem alle Realitäten weltweit ignoriert werden.

Die verheerende Entwicklung könne nicht gestoppt werden, indem 50 Millionen Euro für ein absolut sinnloses Projekt verschleudert werden.

Deutschland habe ein positives Wirtschaftswachstum, kontert Herr Neumann.

Herr Lahr widerspricht dieser Aussage.

Herr Schütze habe den Änderungsantrag der AfD-Fraktion sowie die Diskussion zur Kenntnis genommen. An Herrn Tempel gerichtet äußert er, dass selbstverständlich alle Menschen gleich sind, egal ob es ein Deutscher oder ein Migrant ist. Die Trennung im Änderungsantrag hänge evtl. damit zusammen, dass gesellschaftlich beachtet werden müsste, wohin sich das Altenburger Land entwickelt – mit einer relativ großen Menge an Migranten, die in den nächsten Jahrzehnten nicht nur das Stadtbild, sondern auch die Gesellschaft verändern und die Entwicklung von Parallelgesellschaften fördern, wie es bereits in Schulen und Kindergärten beobachtet werden kann.

Bei dem Änderungsantrag gehe es um eine klare Abgrenzung zwischen Migration und allen anderen Themen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Argumente ausgetauscht worden sind, die Inhalte wurden vorgestellt.

Zunächst bittet er um Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der Beschlussempfehlungen der Ausschüsse.

Herr Dr. Pradel teilt mit, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit mehrheitlich die Vorlage der Verwaltung zur Beschlussfassung empfohlen hat. Der Kreisausschuss habe die Vorlage mit vier Ja-Stimmen bei drei Stimmenthaltungen empfohlen, informiert Herr Melzer.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion auf. **Der Änderungsantrag** erhält mit 15 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen **keine Mehrheit** und ist damit **abgelehnt**.

Es folgt die Abstimmung über den Vorschlag der Verwaltung. Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 117:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschließt:

1. Die **Sozialstrategie des Landkreises Altenburger Land (Fokus Kinderarmut und Fokus Integration)** wird in der vorliegenden Fassung als strategisches Grundlagendokument verabschiedet.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die in den beiden Teilstrategien formulierten Handlungsfelder und Maßnahmen im Rahmen der integrierten Sozialplanung umzusetzen und fortlaufend zu evaluieren.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen gefasst.

KT-DS/0126/2025

TOP 9 Verbesserung der Mobilitätsgerechtigkeit im Altenburger Land - Antrag der Fraktion DIE LINKE

Herr Tempel, Vorsitzender der Fraktion die LINKE und Einbringer des Antrages, erläutert, dass es im Landkreis eine sehr unterschiedliche Situation gebe, mit der sich der Kreistag irgendwann beschäftigen müsse. Er kenne die HH-Debatten und die HH-Situation in den Kommunen. Beim Bericht der ThüSac-Geschäftsführerin Frau Bonert im Kreistag sei die Südregion des Landkreises nicht erwähnt worden. Er schildert die Situation an praktischen Beispielen, dass z. B. Bürger in ländlichen Regionen keine Möglichkeit hätten, kulturelle und soziale Angebote wahrzunehmen, da der ÖPNV unzureichend sei. Er verweist weiterhin darauf, dass das Deutschlandticket in diesen Regionen ebenfalls kaum nutzbar sei.

Ziel des Antrages sei es, bis Mai eine Analyse zu erstellen, die die Mobilitätssituation im Landkreis umfassend darstellt, um darauf aufbauend mögliche Maßnahmen zu diskutieren. Er schlägt vor, unter anderem das Rufbusssystem auf den gesamten Landkreis auszuweiten, um Mobilitätslücken zu schließen. Einsparpotenziale sehe er z. B. darin, bestehende schlecht frequentierten Linien in Rufbus-Linien umzuwandeln. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, die gemeinsam diskutiert werden könnten; dass geschaut wird, wie entsprechend der HH-Lage des Landkreises dieser Ungerechtigkeit im Landkreis begegnet werden kann.

Herr Zippel äußert sich zustimmend zum Antrag und hebt hervor, dass dieser keine zusätzlichen Kosten verursache, abgesehen vom Verwaltungsaufwand. Er betont, dass

die gewonnenen Erkenntnisse für zukünftige Entscheidungen im Bereich des ÖPNV von Bedeutung sein könnten. Er verweist darauf, dass bereits Entscheidungen getroffen worden seien, die jedoch noch nicht umgesetzt wurden.

Herr Liefländer findet die Absicht hinter dem Antrag durchaus lobenswert, äußert sich aber dennoch verwundet über die Wortmeldung von Herrn Tempel und Herrn Zippel. Er weist darauf hin, dass sich seit Jahren Gedanken zu diesem Thema gemacht werden und dass z. B. das Thema Leerfahrten intensiv diskutiert wird. Die geforderten Analysen und Zahlen würden bereits vorliegen. Er sehe keinen neuen Erkenntnisgewinn und verweist auf die finanziellen Einschränkungen des Landkreises. Er sehe die zusätzliche Arbeit, die dazu führe, dass die notwendigen Personaleinsparungen nicht vorgenommen werden können.

Herr Paulicks unterstützt den Antrag, da er in den geforderten Analysen eine Möglichkeit sieht, die Mobilitätssituation im Landkreis besser zu verstehen. Natürlich habe auch Herr Liefländer Recht, wenn kein Geld vorhanden ist, können auch nicht überall Rufbusse fahren, aber vielleicht ist die eine oder andere Linie nicht erforderlich. Daher erhoffe er sich einen Erkenntnisgewinn, eine Zusammenfassung der Daten. Das betreffe auch die erneute Betrachtung der Verknüpfung von Radwegen und ÖPNV, um Einsparungen und Umverteilungen zu identifizieren.

Herr Senftleben äußert, dass auch die AfD-Fraktion Ungleichmäßigkeiten bei der Mobilität im Landkreis vermute. Damit seien die Gemeinsamkeiten mit dem Antrag aber auch schon erschöpft. Wenn eine Fraktion eine Auskunft von der Verwaltung haben möchte, könne sie diese durch einfache Anfragen einholen, dafür müsse kein KT-Beschluss herbeigeführt werden.

Betreffs des Pkt. 2 des Antrages bemerkt Herr Senftleben, dass nicht über etwas abgestimmt werden kann, wenn das Ergebnis der geforderten Analyse noch nicht vorliegt. Daher werde der Beschlussantrag der Fraktion Die LINKE abgelehnt.

Herr Melzer erklärt, dass er mit der Beschlusslage „leben könne“. Über das Thema zu reden, sei sehr wichtig. Er verweist darauf, dass der Landkreis bereits erhebliche Fortschritte im Bereich der Mobilität gemacht habe, erinnert aber an die finanziellen Grenzen. Wenn nicht mehr Geld zur Verfügung steht, müsse eventuell darüber nachgedacht werden, wie im Nord- und Mittelbereich des LK konzeptionell damit umgegangen wird und wie im Landkreis ein fairer ÖPNV gestaltet werden kann. Dies sei sehr komplex, da die Taktung von Bus und Bahn zusammenpassen müsse. Gern können auch die Alltagsradwege einbezogen werden. Der Landkreis könne aber nicht an Landes-, Bundes- und Kommunalstraßen Radwege bauen, das müssen die jeweiligen Baulastträger tun.

Herr Lahr teilt mit, dass die STARKE HEIMAT-Fraktion inhaltlich den Ausführungen von Herrn Liefländer zustimme.

Weitere Wortmeldungen werden nicht angezeigt. Eine Abstimmung über die Beschlussempfehlung ist in den vorbereitenden Ausschüssen nicht erfolgt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 118:

Der Kreistag beschließt:

1. Bis Mai 2026 legt der Landrat dem Kreistag einen Vergleich der Mobilitätsrahmenbedingungen für die einzelnen Regionen im Landkreis vor.
Dies beinhaltet

- a. die Dichte der Versorgung mit Buslinien – auch mit Blick auf das Angebot mit Rufbussen.
 - b. Eine Übersicht von ausdrücklich Alltagsradwegen, also Radwege, welche nicht rein touristischen Zwecken dienen, sondern wichtige Orte verbinden in den entsprechenden Regionen.
2. Bis Oktober 2026 unterbreitet der Landrat dem Kreistag Vorschläge, basierend auf der Präsentation vom Mai 2026, wie die Mobilitätsgerechtigkeit verbessert werden kann. Die Möglichkeit, für diese Aufgabe den Kreistag in Form einer Arbeitsgruppe o. ä mit in die Verantwortung zu nehmen, obliegt der Entscheidung des Landrates.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 39 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen gefasst.

Der Vorsitzende unterbricht den öffentlichen Sitzungsteil und stellt die Nichtöffentlichkeit her. Nach der nicht öffentlichen Sitzung (19:59 bis 20:10 Uhr) wird die Sitzung fortgeführt.

KT-DS/0123/2025 nö

TOP 10 Beschluss zur Vergabe von Straßenbauleistungen >500.000,00 Euro, SB-B 045-2025 Erneuerung der K 504 in Thonhausen, OT Wettelswalde, ab OE aus Richtung Vollmershain bis Knoten OM mit Regenwasserkanal, Straßenbauarbeiten

Frau Rath informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau einstimmig die Annahme empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 119:

Der Kreistag beschließt, den Auftrag für die Leistung Straßenbauarbeiten zum Bauvorhaben Erneuerung der K 504 in Thonhausen, OT Wettelswalde, ab OE aus Richtung Vollmershain bis Knoten OM mit Regenwasserkanal, der Firma

**HELI Transport und Service GmbH
Geschäftsführer Herrn Falk Hesselbarth
Am Lindenhof 17
04626 Schmölln**

auf das Angebot vom 14.10.2025 mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **591.349,18 Euro** unter Wertung des Nebenangebotes 3 und inkl. 1 % Nachlass ohne Bedingungen zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 37 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 37 Ja-Stimmen gefasst.

KT-DS/0125/2025 nö

TOP 11 Beschluss zur Vergabe von Lieferleistungen >250.000,00 Euro, BKS-L 069-2025 Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Beschaffung für Brand- und Katastrophenschutz, Abrollbehälter Atemschutz/Strahlenschutz

Herr Melzer teilt mit, dass der Kreisausschuss die Beschlussfassung einstimmig empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 120:

Der Kreistag beschließt, den Auftrag für den Abrollbehälter Atemschutz/Strahlenschutz zum Vorhaben Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Beschaffung für Brand- und Katastrophenschutz, der Firma

**Brandschutztechnik Müller GmbH
Prokuristen
Herrn Thomas Wille
Gewerbestraße 1
99869 Drei Gleichen**

auf das Angebot vom 27.10.2025 mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **407.370,32 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 37 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 37 Ja-Stimmen gefasst.

Altenburg, den 7. Januar 2026

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht
Vorsitzender des Kreistages

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages